

Siege zu feiern ist leicht und macht Spaß – bei Niederlagen möchte man abtauchen, zur Tagesordnung übergehen oder die Schuld dafür bei anderen suchen. Aktivisten aus dem Reigen der Schulverbesserer* beschreiben, worin sie die hauptsächlichen Ursachen für das Scheitern der Primarschule sehen, z.T. ganz konkret, z.T. politisch-analytisch.

Bilanz zum Volksentscheid

Das Ergebnis

Am Abend des 18. Juli 2010 stand das Ergebnis fest:

Die Initiative um den Rechtsanwalt Dr. Scheuerl „Wir wollen Lernen“, hatte den Volksentscheid deutlich gewonnen. Sie lag mit 276.000 Ja –Stimmen deutlich über dem Quorum von 247.000 und noch deutlicher über den Ja-Stimmen der Primarschulbefürworter, die auf 218.000 Stimmen kamen.

Damit haben sich diejenigen durchgesetzt, die die Kinder weiterhin nach der 4. Klasse auf verschiedene Schulformen aufteilen wollen und die Einführung der 6jährigen Primarschule für alle Hamburger Kinder, wie einstimmig im Parlament verabschiedet und ins Schulgesetz aufgenommen, ist hinfällig geworden.

Die **Wahlbeteiligung** lag mit knapp 40% für einen Volksentscheid außerhalb von Wahlen relativ hoch. Zudem fiel das Abstimmungsende in die Sommerferien. 7 von 8 Abstimmenden machten von der Briefwahl Gebrauch.

Die relativ hohe Beteiligung ist sicherlich auch durch den zugespitzten und polarisierten „Wahlkampf“ in der Stadt zu erklären. Die Frage der Schulreform bestimmte mindestens 6 Monate lang die politische Debatte in Hamburg.

Dennoch muss festgestellt werden, dass nur ca. 22% der Hamburger Wahlberechtigten für die Vorlage von „Wir wollen lernen“ gestimmt haben – also keineswegs die Mehrheit der Wahlberechtigten. Hinzu kommt, dass mehr als 150.000 MigrantInnen wegen fehlender deutscher Staatsangehörigkeit von den Wahlen ausgeschlossen waren.

Die Zahlen für die Wahlbeteiligung nach Stadtteilen zeigen, dass – stärker noch als bei allgemeinen Wahlen – ein deutliches Gefälle zwischen den ärmeren

und den reicheren Stadtteilen zu verzeichnen ist. In Nienstedten, Othmarschen, Groß-Flottbek oder Volksdorf lag die Wahlbeteiligung bei 60%, in Wilhelmsburg, Rothenburgsort, Billstedt unter 25%.

Im Bezirk Mitte und Harburg lag die Beteiligung deutlich unter, in Eimsbüttel und Altona über dem Landesdurchschnitt.

In allen Bezirken mit Ausnahme von Altona lag WWL vorn, in Altona und Eimsbüttel war es ein Kopf an Kopf Rennen, in Wandsbek, Bergedorf und Harburg lag WWL sehr deutlich vorn.



Foto: hlz

Klaus Bullan auf der Schulverbesserer Parade – Kamelle statt Opium fürs Volk

*Um ein möglichst breites Meinungsspektrum bemüht, hatten wir auch den schulpolitischen Sprecher der SPD, Ties Rabe sowie den MdB der CDU, Marcus Weinberg, angeschrieben mit der Bitte um Stellungnahme. Leider ohne jede Reaktion

Die Gründe

Die Verteilung der Wahlbeteiligung und die Ergebnisse der Bezirke zeigen, dass es der Initiative „Wir wollen lernen“ deutlich besser gelungen ist, ihre Klientel zur Abstimmung zu bewegen als den Primarschulbefürwortern. Insofern gibt es m. E. nichts zurück zu nehmen von der Bezeichnung „Gucci-Fraktion“. Denn damit war nicht gemeint, dass alle Befürworter der WWL-Initiative dazu gehören, sondern dass die Meinungsführerschaft und das organisatorische Zentrum dort anzusiedeln ist. Diesen ist es gelungen, großen Teilen der Bevölkerung Angst zu machen vor den Veränderungen, die

mit der Primarschule verbunden wären. Dabei spielt die Unterstützung vieler Medien und der Einsatz finanzieller Mittel für die Kampagne eine wichtige Rolle.

Die Ergebnisse in den Bezirken – vor allem in Altona und Eimsbüttel – zeigen aber auch, dass es den Primarschulbefürwortern durchaus gelungen ist, in den Mittelschichten und dort den aufgeklärteren sozialen Milieus erfolgreich für das längere gemeinsame Lernen zu mobilisieren. So war die Kampagne in weiten Teilen eine Auseinandersetzung zwischen verschiedenen Mittelschichtmilieus.

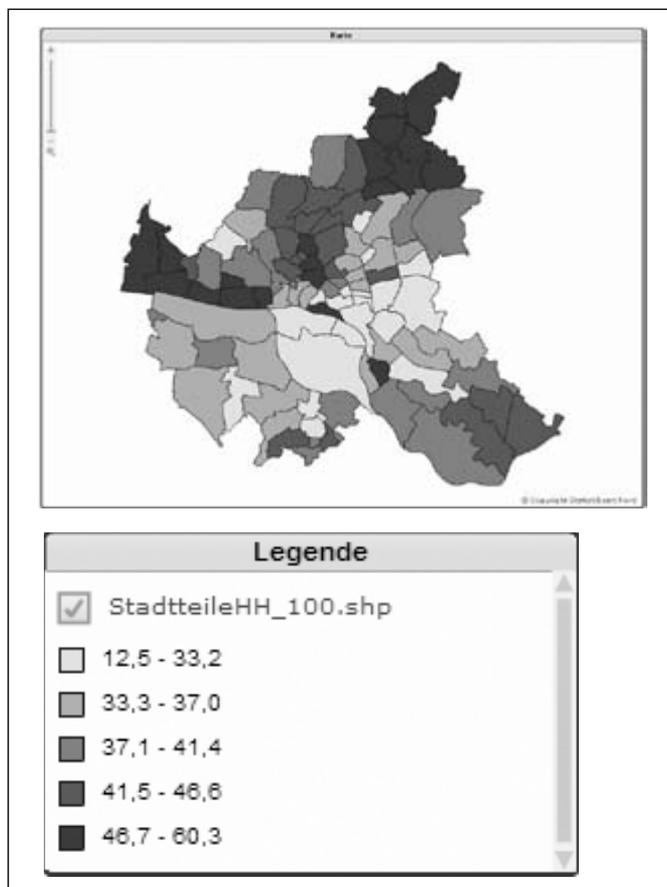
In den ärmeren oder sozial benachteiligten Stadtteilen ist nicht

erreicht worden, dass größere Teile der Wahlberechtigten die Auseinandersetzung um das längere gemeinsame Lernen zu ihrer Angelegenheit machen und sich an der Abstimmung beteiligen. Die Gründe dafür sind vielfältig. Zum einen ist die Beteiligung an der politischen Willensbildung in diesen Stadtteilen generell nicht sehr entwickelt. Das Vertrauen in die Gestaltbarkeit/Veränderbarkeit politischer oder sozialer Verhältnisse ist gerade dort massiv zurückgegangen. Die aktiven KampagnenträgerInnen (auf beiden Seiten) kommen eher aus sozialen Milieus, die den Menschen in diesen Stadtteilen fremd sind. Das gleiche gilt – mit Ausnahme der Partei Die LINKE – für die politischen Parteien, die dort wenig präsent sind.

Sicherlich hätte man mit verstärkten Anstrengungen dort zusätzliche Stimmen gewinnen können, bei gegebenen Kapazitäten dann aber u.U. zulasten von Stimmen in den anderen Stadtteilen. Für einen Erfolg des längeren gemeinsamen Lernens hätte es aus meiner Sicht in keinem Fall gereicht. Im Nachhinein muss festgestellt werden: Wir haben einen Kampf geführt, den wir unter den gegebenen Umständen nicht gewinnen konnten. Die sozialen Leitmilieus in dieser Stadt waren in ihrer Mehrheit nicht von der Primarschule zu überzeugen und die übrigen Milieus waren für die Kampagne nicht in ausreichender Zahl erreichbar

(vgl. dazu: hlz 5/2010 S.22 ff zum Thema soziale Milieus und Bildung).

Deshalb war es auch nicht ausreichend, dass sich alle Bürgerpartei für die Primarschule ausgesprochen haben. Vermutlich haben weder CDU noch SPD ihre AnhängerInnen und WählerInnen mehrheitlich für die Primarschule mobilisie-



ren können, die CDU nicht, weil große Teile ihrer Basis explizit gegen das längere gemeinsame Lernen sind und die SPD nicht, weil sie erst kurz vor dem Volksentscheid ihre Gegnerschaft zur Primarschule aufgegeben hat.

Es ist schon grotesk: Der Elbvortortinitiative von Rechtsanwälten, Chefarzten und Adligen ist es mithilfe der Springermedien und unterstützt ausgerechnet von der FDP gelungen, ihren Kampf als Kampf von David gegen Goliath darzustellen oder sich als die „unten“ gegen die „oben“ zu präsentieren. Bürger gegen die Politik, das Bündnis aus allen Parlamentsparteien, diese Logik konnte auch von der „Bürger“ initiative der Schulverbesserer nicht ausreichend gestört werden.

Viele Menschen haben darüber hinaus ihre Unzufriedenheit mit der schwarz-grünen Politik über ihr Kreuz beim Volksentscheid ausgedrückt – das Millionengrab Elbphilharmonie, der Skandal um die HSH-Nordbank, die desaströse Haushaltspolitik, die Erhöhung der Elternbeiträge an Kitas und die Streichung des Weihnachtsgeldes für Beamte sind nur einige Steine des Anstoßes.

Entscheidend für das Ergebnis ist auch, dass es nicht gelungen ist, deutlich zu machen, dass das längere gemeinsame Lernen nicht nur für die benachteiligten Kinder besser ist, sondern auch für die besonders begabten bzw. die Kinder aus bildungsnahen Schichten. Da halfen nicht Hunderte von Argumenten, nicht der Verweis auf die Nachbarländer und die Welt: Das Gefühl, die eigenen Schulerfahrungen und Vorurteile waren stärker als Argumente. Das spricht nicht dagegen, diese Auseinandersetzung (auch weiterhin) so zu führen, wie wir das getan haben, aber es

bedarf eines langen Atems.

Bundesweit sieht es in dieser Frage ähnlich aus, wie einer Allensbach-Untersuchung in der FAZ vom 18.8. zu entnehmen ist: 49% (Gegenüber 21%) sind der Meinung, dass eine Trennung nach Klasse 4 die begabten Kinder besser fördert, aber 57% gegenüber 27%) meinen, dass benachteiligte Kinder besser in einer sechsjährigen Grundschule gefördert werden.

Die GEW

Die GEW hat sich seit Beginn der Debatte mit dem Koalitionsvertrag von CDU und GAL intensiv mit der geplanten Schulstrukturänderung auseinandergesetzt. Wir haben immer betont, dass wir ein Zwei-Säulen-Modell ablehnen, weil es die soziale Selektion oder die Abhängigkeit des Schulerfolgs von sozialer Herkunft nicht reduzieren wird. Aus meiner Sicht gibt es keinen Grund, davon Abstriche zu machen. Wir haben aber auch deutlich gemacht, dass die Verlängerung des gemeinsamen Lernens um 2 Jahre ein Schritt in die richtige Richtung ist und deshalb die Primarschule – bei allen Halbherzigkeiten und Unzulänglichkeiten – unterstützt. Alle GEW-Gremien haben diese Position immer fast einmütig bestätigt.

Der Erfolg der Initiative „Wir wollen lernen“ ist eine Niederlage auch der GEW. Unser schulpolitisches Ziel - Eine Schule für Alle - ist damit zurückgeworfen.

Wie im Vorfeld formuliert: Wir hatten im Volksentscheid um die Primarschule nicht viel zu gewinnen, aber sehr viel zu verlieren.

Es soll aber auch in Erinnerung gerufen werden, dass nicht wir einen Volksentscheid zur Primarschule herbeigeführt haben, sondern die andere Seite. Die GEW

konnte nicht anders handeln, als sich in das Bündnis aus CDU/GAL/SPD/LINKE, aus Gewerkschaften, Elternverbänden und Schülerkammer einzureihen, um diesen reaktionären Angriff auf einen kleinen Schritt hin zu mehr Bildungsgerechtigkeit abzuwehren. Die mögliche Niederlage wurde in Kauf genommen.

Wir haben nicht alle unsere GEW-KollegInnen – und schon gar nicht alle KollegInnen an

Volksentscheid über die S am 18. Juli 2010

Endgültiges Ergebnis

Abstimmu
Abstimmungsberechtigte*
Abstimmende
darunter per Brief

*ohne Abstimmungsberechtigte, die n
Abstimmungsverzeichnis aufgenommen

Vorlage der Volksinitia
Ungültige Stimmen
Gültige Stimmen
"JA"-Stimmen
"NEIN"-Stimmen

Vorlage der
Ungültige Stimmen
Gültige Stimmen
"JA"-Stimmen
"NEIN"-Stimmen

den Schulen und Bildungseinrichtungen – von dieser Position überzeugen können. Das ist in einer demokratischen Organisation, einer Einheitsgewerkschaft, in der Menschen unterschiedlichster politischer und sonstiger Auffassungen Mitglied sind und sein sollen, selbstverständlich.

Viele KollegInnen haben die Primarschule aus unterschiedlichen Gründen nicht unterstützt. Zahlreiche dieser Gründe waren

berechtigt und sind ernst zu nehmen: Misstrauen gegenüber der Bildungsbehörde, die Aussicht, zusätzlich belastet zu werden, Skepsis gegenüber Reformen, deren Folgen auf den Schultern der KollegInnen lasten, aber auch Entscheidungen wie die Abschaffung der Langformschulen und Schulzusammenlegungen haben die Motivation zum Einsatz für die Primarschule bei vielen nicht gerade gefördert.

In der Ressourcenfrage hat es zu spät klare Verbesserungen durch den Senats gegeben, viele KollegInnen (nicht Schulleitungen!) fühlten sich von Beginn an nicht ausreichend einbezogen in die Veränderungen.

Dennoch: Im Unterschied zu vielen anderen Organisationen war die GEW in der Kampagne aktiv und zahlreich vertreten. Das zeigt das hohe Maß an gesellschaftspolitischer und auch pädagogischer Verantwortung, das viele unserer KollegInnen haben. Denn für eine Schulstrukturveränderung einzutreten, deren Einführung zunächst mit zusätzlichen Belastungen für das Personal verbunden ist, zeigt, dass nicht die unmittelbaren Beschäftigteninteressen die einzige Richtschnur für das Handeln von Gewerkschaftern ist. Sehr viele KollegInnen aus der GEW haben sich in der Kampagne mit Herzblut und guten Argumenten für längeres gemeinsames Lernen in der Primarschule eingesetzt, zeigten sich als verantwortungsbewusste Pädagogen und Pädagoginnen und haben so auch das Bild der GEW bei den Eltern und den SchülerInnen positiv geprägt.

Die Folgen

Für Hamburg und die Bundesrepublik war der gewonnene Volksentscheid von „Wir wollen lernen“ ein herber Rückschlag

auf dem Weg zu längerem gemeinsamen Lernen und Einer Schule für Alle. Den Weg, durch Volksentscheide oder parlamentarische Mehrheitsbeschlüsse auf dieser Strecke weiter zu kommen, werden in der nächsten Zeit nicht mehr viele politische Kräfte einschlagen wollen. Die neue rot-grüne Landesregierung in NRW geht einen anderen Weg und ob die Verlängerung der Grundschule auf 5 Schuljahre im Saarland umgesetzt wird, darf bezweifelt werden.

Neben dem Beginn einer Debatte um Sinn und Unsinn der Volksgesetzgebung ist die Situation zu Beginn des Schuljahrs – vorsichtig gesprochen – unübersichtlich. Klar ist, dass mit dem Erfolg von „Wir wollen lernen“ und dem Erhalt des Trennens nach Klasse 4 keines der Probleme an Hamburgs Schulen gelöst ist.

Deshalb ist das Reden vom Schulfrieden, wenn damit der Erhalt der Strukturen, so wie sie sind, gemeint ist, wenig sinnvoll. Und der Streit ist auch sofort weiter gegangen. Ständen zunächst die sog. Starterschulen im Mittelpunkt, geht es jetzt um das Tempo der „Rückabwicklung“ der Fusionen.

In Hamburg hat der Volksentscheid zum Rücktritt des 1. Bürgermeisters und der Bildung einer neuen schwarz-grünen Regierung unter Christoph Ahlhaus geführt.

Personell bedeutet der neue Senat einen Rechtsruck. Das ist auch nicht verwunderlich, denn die CDU-Basis verlangt – auch in der Bildungspolitik – ein stärker konservativ ausgeprägtes Profil. Umfragen zeigen, dass die schwarz-grüne Regierung ihre Mehrheit verloren hat. Ob die Koalition bis Anfang 2012 hält, darf angesichts dieser Konstellation bezweifelt werden,

Schulreform		
Anzahl		
Prozent		
	1 251 686	100,0
	492 094	39,3
	427 425	34,1
Trägerlich ins ... wurden		
"Wir wollen lernen!"		
	Anzahl	Prozent
	15 602	3,2
	476 492	100,0
	276 416	58,0
	200 076	42,0
Bürgerschaft		
	Anzahl	Prozent
	13 019	2,6
	479 075	100,0
	217 969	45,5
	261 106	54,5

denn auch die Grünen müssen sich profilieren. Sie stagnieren bei 10%, während sie bundesweit im Höhenflug sind. Mit der Primarschulreform ist das letzte ihrer drei zentralen Vorhaben gescheitert, die Elbvertiefung und das Kohlekraftwerk Moorburg konnten sie zuvor schon nicht verhindern.

Erstaunlicherweise hat die außerparlamentarische FDP von ihrem massiven Einsatz als einzige Partei gegen die Primarschule nicht profitiert. Dagegen werden die Pläne der Protagonisten von „Wir wollen lernen“ um Dr. Scheuerl immer konkreter: eine eigene Partei gründen und bei den nächsten Bürgerschaftswahlen kandidieren. Entgegen ihren ständigen Erklärungen vor dem Volksentscheid werden sie sich die Gelegenheit nicht entgehen lassen, mit einer rechtspopulistischen Partei an die Erfolge von STATT-Partei und Schill anzuknüpfen und sich CDU oder SPD als zuverlässiger Bündnispartner anzudienen.

Bei alledem muss daran erinnert werden, dass nach wie vor im Parlament eine Stimmenmehrheit aus GAL, SPD und LINKE vorhanden ist, die für eine andere Politik eintreten könnte.

Die Zukunft

Die GEW hat das längere gemeinsame Lernen nie als Selbstzweck oder Dogma betrachtet, sondern hat die Trennung der SchülerInnen in verschiedene Schularten als einen zentralen Grund für die soziale Selektion und die ungerechte Vergabe von Bildungschancen in Abhängigkeit von sozialer Herkunft der Kinder gesehen. Dies ist in zahlreichen empirischen Studien immer wieder bestätigt worden. Es gibt deshalb keinen Grund, vom Ziel der Einen Schule für Alle abzurücken.

Es stellt sich aber die Frage, auf welchen Wegen wir diesem Ziel näher kommen angesichts dieses erneuten Rückschlags (nach dem gescheiterten Volksbegehren für „Eine Schule für Alle“ im Herbst 2008) und angesichts der Beobachtung in den übrigen Bundesländern.

Richtig ist m.E. nach wie vor, dass die Schulstruktur ein Thema in der gesamten Republik ist und bleiben wird. Richtig ist aber auch, dass noch in keinem Bundesland klare Signale für die flächendeckende Einführung von Gemeinschaftsschulen, Schulen für Alle oder auch Gesamtschulen gegeben werden. Es gibt hingegen zum einen eine Entwicklung hin zu sog. Zwei-Säulen-Modellen in unterschiedlichen Formen und zum anderen Versuche, durch Neugründungen von Gesamtschulen zu längerem gemeinsamen Lernen zu kommen.

Die Existenz der Gymnasien wird gegenwärtig in keinem Bundesland und bei keiner Schulstrukturveränderung in Frage gestellt. Allenfalls durch eine Begrenzung des Gymnasialzugangs durch eine feste Quote (Bremen), spezielle Aufnahmeregelungen für SchülerInnen (Berlin) oder Abschlusssitzbleiben-Beschränkung (Hamburg) wird der Status quo an den Gymnasien verändert.

Erschwert wird die Auseinandersetzung auch dadurch, dass die „Veränderungswilligen“ einem starken ideologischen Druck seitens derjenigen ausgesetzt sind, die für „Schulfrieden“ eintreten.

Der von manchen empfohlene Weg, durch Annäherung der beiden Säulen – also in Hamburg Stadtteilschule und Gymnasium – letztlich zu einer Schule für Alle zu kommen, muss aus meiner Sicht skeptisch beurteilt wer-

den. Aber auch, wenn man sich nicht der Illusion hingibt, dieses Ziel so zu erreichen, gibt es kaum eine Alternative dazu, an beiden Säulen die Elemente zu stärken, die zumindest in Richtung inklusives Schulsystem gehen. Dazu gehört der freie Zugang zu beiden Säulen, das Abschlusssitzbleiben auf eine andere Schulform, kein Sitzenbleiben, alle Schulabschlüsse an beiden Schulformen, Aufnahme aller Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf. Unter diesen Gesichtspunkten ist die „Probezeit“ in Klasse 5 und 6 an Gymnasien und die Abschlussmöglichkeit am Ende der 6ten Klasse besonders kontraproduktiv und führt die „Gleichstellung“ beider Säulen ad absurdum.

Wenn man nicht darauf setzt, durch einen erneuten Volksentscheid oder durch die gesetzliche Einführung der flächendeckenden Gemeinschaftsschule durch eine neue – möglicherweise linke – Regierungskoalition unsere Ziele zu erreichen, dann werden die nächsten Jahre durch eine Politik der kleinen Schritte gekennzeichnet sein. Dadurch könnte die Grundlage dafür gelegt werden, durch praktische Beispiele und Erfahrungen einen Mentalitätswandel in großen Teilen der Elternschaft – und damit der Gesellschaft – herbeizuführen, die eine grundlegende Veränderung unseres Schulsystems erfolgversprechend erscheinen lässt.

Die Aufgabe, Chancengerechtigkeit an unseren Schulen herzustellen und den Zusammenhang von Schulerfolg und sozialer Lage zu reduzieren, bleibt unsere ständige Aufgabe und dabei spielt die Schulstruktur eine entscheidende, aber nicht die einzige Rolle.

KLAUS BULLAN

Mit mehr Demokratie zu weniger sozialer Gerechtigkeit

Die ursprüngliche Idee, durch plebiszitäre Partizipation das demokratische Prinzip zu stärken, scheiterte bei der Schulrechtsreform

Die GEW hat sich in Hamburg für eine direkte Demokratie stark gemacht, die mit der Einführung der Volksgesetzgebung möglich wurde. Als positiv wurde vor allem gesehen, dass eine größere Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an politischen Einzelfragen zu erreichen ist. Eben nicht nur alle vier Jahre ein Kreuz bei einer Partei oder Person mit einem Programm zu machen, deren Aussagen allgemein bleiben und, wie die Praxis zeigt, von den Herausgebern selbst schnell relativiert werden, sondern mitentscheiden zu können über die Dinge, die „vor der Tür liegen“. So haben sich die Gewerkschaften und auch die GEW insbesondere an den großen Initiativen gegen die Privatisierung der Krankenhäuser, der Wasserwerke und der beruflichen Schulen in Hamburg beteiligt und sich in den Schule und Bildung betreffenden Initiativen wie KITA. Eine Schule für Alle und jetzt für die Primarschule engagiert.

Bitter ist dabei, dass gerade Ole von Beust den erfolgreichen Initiativen gegen die Privatisierung die Verbindlichkeit abgesprochen und damit das Ergebnis „kassiert“ hat. Dies führte dazu, dass viele anfangs engagierte Bürgerinnen und Bürger nur noch müde abwinkten, wenn man mit der Unterschriftenliste um Zustimmung bat. Und auch die Aktivisten hatten viel Energie in Initiativen gesteckt, die dann um ihren Erfolg beraubt wurden. Erst durch den erfolgreichen Volks-

entscheid zur Verbindlichkeit von Volksentscheiden hatte sich die Situation in Hamburg geändert. Mit dem Koalitionspartner GAL haben sich die CDU und Ole von Beust verpflichtet, künftig Volksabstimmungsergebnisse anzuerkennen.

Die Volksinitiative mit dem Namen „Wir wollen lernen“ etablierte sich, um die von CDU und GAL geplante 6-jährige Primarschule zu verhindern. Ihr ging es darum, das Gymnasium in seiner bisherigen Form nicht anzutasten und die soziale Spaltung, die in Hamburg hoch ist und durch das Schulsystem weiter fortgeschrieben wird, zu belassen.

Die Initiatoren, an der Spitze Rechtsanwalt Walter Scheuerl, kommen aus den reicheren Stadtteilen Hamburgs, die für ihre Kinder weiterhin Bildungsprivilegien nutzen wollen. Die ärmeren und bildungsferneren Stadtteile nahmen nur in geringem Maße überhaupt an dieser Abstimmung teil. Für sie ist eine Briefwahl fremd, viele MigrantInnen sind nicht abstimmungsberechtigt, viele haben sich überhaupt von der Politik verabschiedet und haben keine Hoffnung, dass eine Wahl etwas bringt.

So muss Hamburg nun mit dem Ergebnis leben, dass die Reichen über die Armen gesiegt haben. Bildungsarmut ist mit materieller Armut eng verbunden. Das Ergebnis wirkt fast anständig in dieser weltoffenen Stadt. Direkte Demokratie braucht aufge-



Aufbruchstimmung

klärte Bürgerinnen und Bürger, damit sie fair genutzt werden kann. Die in der Stadt entscheidenden Medien haben eine Kampagne zugunsten der Neinsager gemacht, die beispiellos ist. Die Initiatoren hatten große Geldmittel zur Verfügung, um gegen alles und jeden zu klagen, der sich ihnen in den Weg stellte. Damit fährt sie jetzt fort. Volksinitiativen müssen ihre Finanzen offen legen wie Parteien. Sie benötigen eine Grenze von Geldmitteln, die eingesetzt werden dürfen, damit es fair zugeht. Die größte Gruppe ist auch in Hamburg die der Nichtwähler. Möchte man daran wirklich etwas ändern, müssen sich Politiker und Verantwortliche ernsthaft dieser Gruppe annehmen.

SIGRID STRAUSS,
Stellvertretende Vorsitzende des
GEW Landesverbandes Hamburg

Ausgrenzung keine Schicksalsfrage

Die Deutsche Mehrheitsgesellschaft will einfach keine Chancengleichheit für MigrantInnen

Das böse Erwachen nach Bekanntgabe der Ergebnisse vom Volksentscheid liegt bereits hinter uns. Politiker/innen sind schon längst wieder handlungsfähig und wir schauen - wohl besorgt - auf die Personalien des neu gebildeten Senats.

Prinzipielle Bedenken über Volksentscheide lassen sich nicht verschweigen: Wie demokratisch ist es, wenn eine Elite, mit finanziellen aber auch inhaltlichen Möglichkeiten, Gesetze verhindern kann, die von Berufspolitikern/innen erarbeitet werden. Wo bleiben dabei die Bedürfnisse der „schweigenden“ Mehrheit einer Stadt, welche über eben diese Mittel nicht verfügt? Ein Glück, dass die Verfassung nicht durch Volksentscheide geändert werden kann!

Vor diesem Hintergrund bedauere ich ganz besonders, dass der Demokratiegedanke für mich, als politisch interessierte Migrantin, nicht gilt. Als die Interkulturelle Elterninitiative vor dem Volksentscheid sämtliche im Senat vertretenen Fraktionen diesbezüglich befragte, schoben Politiker/innen aller Lager - abgesehen von der Linken - als Alibi für ihr verweigertes Engagement die vermeintliche Aussichtslosigkeit einer Verfassungsänderung vor, als sei diese schlicht unmöglich. So lange ist es jedoch nicht her, dass man zur - milde ausgedrückt - Einschränkung des Asylrechtes an der Bundesverfassung kräftig rüttelte!!! Doch damals galt es,

mit rechtsextremen Kreisen zu verhandeln, die durch die Aushöhung eines der wertvollsten Grundrechte unserer demokratischen Verfassung, in ihrer Hetze gegen Menschen auf der Flucht besänftigt werden sollten. Wir schrieben das Jahr 1992 und mit einer schnell erreichten Zweidrittelmehrheit wurde der Art. 16 der deutschen Verfassung geändert.

Diesmal wäre es darum gegangen, Menschen ohne deutschen Pass das Recht zu geben, das in einer globalisierten Welt schon längst zur Selbstverständlichkeit hätte werden müssen, nämlich das der Mitbestimmung aller Bürger/innen.

Seien wir mal ehrlich: Viele Demokraten interessiert die Zielgruppe der Migrant/innen nicht. Viel unverbindlicher ist es, uns mit dem ach so gut gemeinten Rat abzuspeisen: „Lasst Euch doch einbürgern!“. Als hießen wir alle Khorani oder Özil.

Doch die Debatte um das verweigte Wahlrecht für Menschen ohne deutschen Pass, die sich kurzzeitig die eine oder andere Zeile in der Presse erkämpfen konnte, ist wieder verstummt, genau wie die Diskussion um Chancengleichheit für alle Kinder. Dem empörten und empörenden Einspruch gegen eine mehr oder weniger gut gemeinte Öffnung unseres starren Schulsystems wurde stattgegeben und somit ein deutliches Signal an Politik und Gesellschaft gesendet, sie sollen vom Ideal



Bittere Wahrheit: keine Chancengleichheit für MigrantInnen

der Chancengleichheit die Finger lassen. Niemand schreit mehr danach und Gesellschaftsspalter wie SPD-Mitglied alias Bundesbankvorstandsmitglied Sarrazin sprechen nur das aus, was offensichtlich viele mittlerweile denken. Da der Verlag der wohl nicht vorhergesehenen Nachfrage nach Sarrazins „Werks“ nicht mehr nachkommt, können Sie übrigens ein Exemplar seines Buches bei ebay für 83,- € erschwingen!

Zurück zur Schule und zur Frage, warum man in Hamburg - aber auch in anderen Bundesländern - so absurd vehement an der alten Schulstruktur festhält. Vielleicht steckt die weltberühmte Ordnungsliebe der Deutschen dahinter, wonach Kinder möglichst früh in fein säuberlich abgetrennte Fächer eingeordnet werden sollen. So praktisch und effektiv Ordnung auch sein mag, Flexibilität bleibt dabei definitiv auf der Strecke und das in einer Welt mit zunehmend rasanten Rhythmen und sich gegenseitig aufhebenden Wissensgrenzen. Zum Bedauern Sarrazins und Co gehören für viele Kulturen Kinder zum Leben, wohlwis-

send, dass es ohne Kinder keine Zukunft geben kann. Für ihre Kinder möchten diese Menschen – wie alle – das Beste. Dass sie oft wenig Engagement für den Schulalltag ihrer Kinder aufbringen, bedeutet keineswegs, dass sie desinteressiert sind. Vielmehr haben alle Eltern das Recht zu erwarten, dass die Schule für die Bildungsentwicklung ihrer Kinder sorgt und nicht – wie so oft – für deren wie auch immer geartete Aussonderung.

Auch nach dem Volksentscheid brauchen die Lehrer/innen dringend – sowohl bei der Gestaltung ihres Verhältnisses zu den Eltern als auch bei dem zum Teil zermürbenden Spagat zwischen Vergangenheit und Zukunft unserer Gesellschaft – Unterstützung. Diese bleibt ihnen jedoch versagt. Insbesondere die Kolleg/innen der jetzigen vierten Klassen können sich doch nicht auf die Aussicht freuen, länger Zeit zu haben, um das Wesen eines jeden Kindes besser zu erfassen; stattdessen müssen sie sich aber wohl auf die zahlreichen verschreckten Reaktionen der Eltern einstellen. Leider hat es das „Bildungsressort“ im Hamburger Senat versäumt, ausführlicher über das umfassende und innovative pädagogische Konzept der Schulreform zu informieren, so dass Bereiche wie der vom „Übergang Schule Beruf“ oder der kompetenzorientierte Unterricht in allen Stufen als verbindliche Methode aufgrund des ewig waltenden Interessenkonflikts zwischen Inhalten und politischer Strategie kaum beleuchtet wurden. Doch bei allem Positiven bleibt die Tatsache, dass beim neu eingeführten Zwei-Säulen-Modell das Prinzip der wirklichen Förderung aller Talente nur halbherzig ist, da die Stadtteilschulen von vielen noch immer als Rest-



So nicht! 206 000 MigrantInnen durften nicht mit abstimmen: Transparent vor dem Rathaus am 3. Juli 2010

schulen für die Kinder betrachtet werden, die es auf dem Gymnasium nicht „schaffen“. So sehr man sich bemüht, die Gesamtkonzeption der Stadtteilschule zu erläutern, ist, nach der harten Kampagne von Wwl mehr denn je, das Gymnasium die einzig wahre Schulform für die Eltern, die sich das beste für ihre Kinder wünschen. Durch das Zwei-Säulen-Modell höhlt man den Gedanken der Stadtteilschule aus, so dass die Frage durchaus berechtigt ist, warum man die Reform überhaupt unterstützen sollte.

In den Schulen, also dort, wo Politik zur Praxis wird, herrscht eine Orientierungslosigkeit, die – mal wieder – für viele Eltern – nicht nur die mit Migrationsbiographie! – erheblich gesteigert wird. Ihnen hätte die Primarschule fairere Chancen gegeben. Eifrig basteln und *rechtmäßig* Politiker/innen und Scheuerl-Anhänger/innen an den Chancen

für die Starterschulen oder an den anstehenden Veränderungen in den weiterführenden Schulen herum und wieder vermessen wir aufrichtige Bemühungen, ALLE Eltern an diesen Prozessen teilhaben zu lassen.

Nein, wir dürfen den Gedanken von „Eine Schule für alle“, für den wir gekämpft haben, nicht vergessen.

Dieser als Kompromiss entstandenen Reform hat man das Herzstück genommen: Die Primarschule sollte den Weg zu einem längeren, gemeinsamen Lernen ebnen, so dass die Starterschulen, die einen Schulversuch beantragen möchten, sich doch überlegen sollten, ob eine Schule bis zur Klasse 9/10 die wirkliche Innovation darstellen würde. Alles andere scheint in meinen Augen paradox.

MARINA MANNARINI
Sprecherin der Interkulturellen
Elterninitiative (IKEH)

An die eigene Nase fassen

Ein neues Politik-Konzept muss her, um „die“ Menschen vom Neuen als dem Besseren zu überzeugen



Wie kann das...

Ein Gutes hat unsere Niederlage vom 18. April. Sie zwingt uns über die Art und Weise nachzudenken, wie wir in dieser Stadt Bildungspolitik machen. Und nicht nur Bildungspolitik. Zur Debatte steht das Politik-Konzept generell, das hinter der Primarschul-Kampagne stand - und hinter dem Versuch des schwarz-grünen Senats, die sechsjährige Grundschule uniform zu installieren.

„Wenn ihr die Hand ans Gymnasium legt“, warnten vor mehr als fünfzehn Jahren Kenner der Verhältnisse die GAL, „dann werdet ihr einen Sturm erleben. Dann geht das Bürgertum auf die Barrikaden.“ Und so ist es gekommen. Gewiss, man kann es sich leicht machen mit der Analyse des Volksentscheids. Für den Sieg der Betreiber gibt es plausible Erklärungen: die beherrschenden Medien, das große Geld, die Demagogie des Begriffs „Elternwahlrecht“. Aber fassen wir, die „Schulverbesserer“, uns lieber mal an die eigene Nase und fragen wir uns, warum wir die Abstimmung verloren haben.

Meine These dazu lautet, dass wir die Tücken des politischen Streitgegenstandes Schule verkannt und dass wir ein Politik-Konzept verfolgt haben, das für die Gegenwart nicht mehr taugt.

Den Machern der Kampagne war durchaus klar, dass in der schulpolitischen Öffentlichkeit dieser Stadt der Reformüberdruß mit Händen zu greifen war. Kampagnenintern galt „Reform“ als Unwort. Dem politischen Gegner wurde diese Vokabel praktisch überlassen, wodurch

er in der Lage war, damit negative Konnotationen auszulösen. Aber dass er das überhaupt konnte, liegt an den massenhaft negativen Erfahrungen mit Reformen. Es liegt auch daran, dass es in den letzten Jahrzehnten in Hamburg keine Schulpolitik gab, die zu einer selbstkritischen Reformfolgenabschätzung in der Lage war. Dass die Ankündigung einer neuen Reform in den Lehrerzimmern nur noch sarkastisches Hohngelächter auslöst, weil „Reform“ mit Verschlechterung der eigenen Arbeitsbedingungen assoziiert wird, hat in der Politikkonzeption im Grunde keine Rolle gespielt. Diese Ausgangsbedingung wurde als ein reformstrategischer Stolperstein nicht ins Kalkül gezogen.

Die eigentliche Tücke der Schule als bildungspolitischer Zankapfel liegt jedoch darin, dass die Beziehung der Eltern zur Schule sich übers eigene Kind vermittelt. Das Schulverhältnis ist nur bedingt politisierbar. Wer in sich hineinhorcht, wenn er als Mutter oder Vater die Schule des Kindes betritt oder dort an einer Feier teilnimmt, weiß, wie emotional die Beziehung zu dieser Institution ist. Das gilt selbst dann, wenn sich damit negative Gefühle verbinden wie Angst und Scham. Die Schule bindet auch den erwachsenen Menschen viel stärker als das Einwohnermeldeamt oder die Verkehrsbehörde. Sie ist keine Mehrzweckhalle, sondern, wie die Grünen früher so liebevoll sagten, „Lern- und Lebensort“. Und zum Leben gehört halt alles. Zum menschlichen Leben ge-

hört auch, dass wir uns mit dem Schlechten einrichten und bereit sind, mit ihm Kompromisse zu schließen: mit schlechten Paukern, durchnässten Wänden und quietschenden Tafeln.

Dieses Beharrungsmoment, sich auch mit dem Unvollkommenen, Öden einzurichten, weil einem die Menschen und die Abläufe doch vertraut sind und liebgeworden und dabei einen Ort als Heimat zu empfinden, der eigentlich hässlich und fliehenswert ist, ist der subjektive Teil dessen, was wir Tradition nennen. Ich denke heute, dass es zur Tragik unseres Reformansatzes gehört, eine Reflexion über die Macht der Tradition nicht angestellt zu haben. Wie viele und welche Gefühle rühren wir auf, wenn wir einem sehr populären Schultyp die Amputation von zwei Jahrgängen ankündigen? („Was, keine Fünftklässler mehr?“) Welche Gegenreaktionen mobilisieren wir, wenn wir das tun? Und welche Kräfte, die wir als Bündnispartner brauchen, bringen wir gegen uns auf?

Dabei unterstelle ich den Adressaten unserer Reform gar nicht, dass sie alle nur ständig von ihren Gefühlen beherrscht werden. In der Pluralität der Fläche gab es hundert gute Gründe für die Ausnahme: das spezielle Profil in 5/6, die pädagogischen Errungenschaften usw. Das wurde sogar im Einzeldialog von den politischen Entscheidern eingeräumt. Aber es sollte kein Einfallstor für Ausnahmen geben, um nicht immer mehr Ausnahmen nach sich zu ziehen. Dieser Prinzipialismus des Arguments hat jedoch im Einzelfall nie den Verlustschmerz aufwiegen können, der sich mit der Reform ankündigte. Schon gar nicht hat er irgendeine Begeisterung für die Sache aufkommen lassen können; denn Ausnahmslosigkeit ist

ja kein ethischer Wert.

Die politische Paradoxie bestand darin, dass ausgerechnet die grüne Politik-Option Gleichförmigkeit verlangte, während sie doch bisher – und auch in der übergreifenden Programmatik – eher mit Werten wie Pluralismus und Autonomie in Verbindung gebracht wurde. Die schwarz-grüne Koalition hatte damit ein doppeltes Problem: Einerseits polemisierte sie – für die CDU sehr ungewöhnlich und sogar sonderbar – gegen die Elbchaussee und die „Gucci-Fraktion“ – andererseits ließen sich in der Schulstrukturreform bestimmte grüne Grundwerte

nicht mehr wiederfinden, die die Grünen ansonsten durchaus vertreten. Das Primarschulkonstrukt erwies sich somit nicht nur als Dilemma, sondern auch als eine Werte-Falle.

In der Kampagne auf der Straße und bei Podien hatte ich immer mehr den Eindruck, dass sich mit unserer Option ein Politik-Modell verband, das in die moderne Großstadtgemeinschaft nicht mehr passt. Das traumhaft breite Bündnis der Primarschulbefürworter bot intern ein wunderbares Konsensgefühl, stieß aber auf der Straße meistens nur – wenn überhaupt – auf freundliche Skepsis. Denn was wir taten, war im Kern, dass wir eine Senatsidee, die bereits in Gesetz gegossen war, über eine noch zu verwirklichende Schulstruktur auf den Markt trugen und genau hierfür um Zustimmung warben. Der Verkauf eines Ro 80 noch vor Demonstration des Wankel-



...zusammenfinden?!

motors wäre ungefähr genauso aussichtslos gewesen. Die Gespräche, auf die wir uns einlassen mussten, endeten immer in schwierigen Erklärungen, denen häufig eine bürgerlich-rationale Skepsis entgegenschlug, nach dem Motto „Glaubt ihr wirklich, dass das funktioniert?“ Die Heerscharen von Experten, die wir für den kleinen Fachdialog unter den 500 Eingeweihten gewonnen hatten, konnten in solch einer Zweiminutenkonfrontation auf der Straße nicht helfen. Obwohl wir ein riesiges politisches Bündnis vertraten, waren wir mit einem schwierigen Produkt allein.

Wenn wir aus dieser Erfahrung lernen wollen, müssen wir uns als erstes von der mechanistischen Vorstellung verabschieden, man könne für eine Idee „Massen mobilisieren“. „Mobilisierung“ bedeutet Zusammenführung von

Individuen in einem politischen oder religiösen Strom. Solch eine Vorstellung lebt von der Phantasie, Machtzentren zu erobern und im Kollektiv individuelle Unterschiede verschwinden zu lassen. So etwas macht der aufgeklärte Großstädter längst nicht mehr mit, und die „bildungsfernen Schichten“ werden uns auch was husten, wenn wir es mit ih-

nen versuchen.

Am wenigsten wird das zukünftig in der Schulpolitik gehen. Sie ist höchst individuell. Schulen sind eigenwillige Körperschaften, und der Antiautoritarismus und Eigensinn von Lehrkräften ist eine kostbare Ererungenschaft der deutschen Demokratie. „Individualisierung“ ist nicht nur ein Begriff für die

Unterrichtsentwicklung. Er gewinnt einen tieferen, politischen Sinn, wenn wir ihn auf die Art und Weise anwenden, wie wir zukünftig Bildungspolitik machen.

KURT EDLER

Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für Demokratiepädagogik e.V.

Schnuller-Englisch für „Westerwelles“



Chancen ade

Die 6-jährige Primarschule in Hamburg ist vergeigt worden. Bezeichnend ist, dass die Schulreformbewegung von Anfang an in der Defensive steckt, sich verteidigen musste. „Neue Schulen braucht das Land!“ - das wäre Attacke gewesen. „Eine Schule für alle“ verschenkt den ganzen kritischen politischen

Schwung, der in der Gesellschaft wabert. Verordnung statt Politik.

Umso schlimmer, da der Schulreformbewegung eh schon die eigentliche soziale Basis fehlt: die massiv Schul-Benachteiligten. Die Kinder und Eltern in Steilshoop oder Neuwiedenthal etwa haben normal keine Sprache und sind nicht die Träger dieser Schulreformbewegung. Dazu: 206 000 Hamburger ohne deutschen Pass durften nicht mitentscheiden. Das

sollen aber Nutznießer werden. Kinder der Gutbetuchten hätten auch Gewinner werden können. Nur sehen das viele ihrer Eltern anders. Mit großer Wut, Einsatz und Leidenschaft verteidigten die Elbvororte ihre Erbhöfe: Selektion nach der 4. Klasse, Elternwahlrecht, Gymnasium. Alles drumherum: egal.

Dazu kommt dann eine weitere mächtige Basis und ein Multipli-

kator gegenüber den Eltern: die Lehrerschaft. Die „kleine Revolution“, „das Gymnasium muss mit leistungsschwachen Schülern umgehen lernen und darf sie nicht mehr abschieben“ liest sich in der aktuellen Festschrift zum 100. Bestehen der Grundschule Forsmannstraße (Barmbek-Süd) so: „Von der ‚Türken-schule‘ zum Schmetterling... Fasst alle Kinder unserer Schule sprechen (inzwischen) Deutsch als Muttersprache.“ Grundschule wohlgermerkt. Abschiebungen leistungsschwacher, schwieriger Kinder sind in Grundschulen z. B. in Steilshoop nicht ungewöhnlich. Die Lehrer der umliegenden Grundschulen haben in Steilshoop über Jahre erheblich zum Austrocknen und Scheitern der dortigen Gesamtschule beigetragen, mit „Schicken Sie ihre Kinder lieber auf eine andere Schule“.

Teile der Lehrerschaft – wenig wie ein Tanker – haben Probleme, sich auf das Wohl der Kinder einzulassen und spielten auf der Seite Blankenese mit. In der Sache wird ja auch viel von den Lehrern verlangt – neues und schwieriges und kollektives Arbeiten. Sie sind in ihrer Masse nicht für die Primarschule mitgenommen worden. Die Lehrerschaft wäre aber ein, wenn nicht der entscheidende Faktor.

PETER DOBBERKAU

aus: Kommune 5/2010

Pyrrhussieg

Die Debatte ist losgetreten – ein Zurück auf Null gibt es nicht

Er kam zum Schnuppern. Cihad gilt als lernbehindert, da er ohne Hauptschulabschluss von der Förderschule in unsere berufsvorbereitende Maßnahme ggf. überwechseln wollte. Cihad ist hier geboren, hat einen Zwillingbruder, der gerade Mittlere Reife macht, er hat türkische Eltern, die sich getrennt haben, als er und sein Bruder noch klein waren. Er erzählt, dass er auch schon mal in der Türkei war, sich aber eher wie ein Fremder vorgekommen sei, weil sein türkisch nicht gut sei. Meine obligatorische Frage in solchen Fällen, wo er denn lieber arbeiten würde, wenn er sich frei entscheiden könne, beantwortet er denn auch eindeutig: in Deutschland. Cihad erzählt auch, wie er auf die Förderschule gelangt ist: Lange krank sei er gewesen und dann habe man ihn dahin gebracht. Wir unterhalten uns über die Musik, die er hört, Hip-Hop natürlich, über Kampfsport, den er betreibt, über Fußball ...und beiläufig erwähnt er, dass er, wenn er mit der S-Bahn fährt, immer allein sitzt. Egal wie voll die Bahn ist. Mir schießt durch den Kopf:

Heut' ham sie den Burger erschlagen und morgen...

Was passiert da? Jeden Tag erfahren diese Jugendlichen, dass sie hier unerwünscht sind. Und in dem Maße, wie die Trauer über diese fortwährende Kränkung unterdrückt werden muss, wächst Wut und Aggression. Eine Aggression, die jeder Zeit unkontrolliert ausbrechen kann. Noch reagiert Cihad nur mit martialischem Gehabe. Das Out-

fit ist entsprechend. Herr Sarrazin würde sich bestätigt fühlen bei Cihads Anblick: Bodybuilder-Figur, Goldkettchen und der Kahlschnitt, der nur ein kleines Rund an Haaren auf dem Kopf hat stehen lassen. Alles gepaart mit nationalistischen Tönen: Cihad schwärmt vom Osmanischen Reich und der Islam sei ohnehin die einzig wahre Religion! Das Frauenbild bleibt hier mal unerwähnt. Was bleibt Cihad eigentlich anderes übrig, als sich an vermeintliche Sicherheiten zu klammern, um zu überleben, um die Ablehnung, die ihm entgegenschlägt, aushalten zu können?

Szenenwechsel

Auf dem Weg nach Hause höre ich Deutschlandfunk. Ein CDU-Politiker klärt die Hörer darüber auf, dass Deutschland kein Einwanderungsland, sondern ein *Integrationsland* sei, da „wir“ uns zu keiner Zeit die Migranten haben aussuchen können. Recht hat er! Nur vergisst er zu sagen, dass wir daran gescheitert sind. Wo wurden die Integrationskurse für Cihads Eltern angeboten? Wo konnten sie Deutsch lernen? Wie konnten sie sich weiterbilden nach i.d.R. 4 Jahren Schulbesuch in Anatolien? Wurde ihnen eine Wohnung angeboten in einer Nachbarschaft, die ihnen die positiven Seiten deutscher Kultur hätte nahebringen können. War sichergestellt, dass Cihad in den Kindergarten gehen konnte und wenn, waren dort kompetente ErzieherInnen, die bei den Kindern die Sprachdefizite hätten beseitigen können? Und dann sind wir

bei der Schule angekommen. Wer sorgte dafür, dass Cihad am Nachmittag seine Hausaufgaben erledigte? Der Hort war es nicht, da seine erwerbslose Mutter gar keinen Anspruch auf einen Platz hatte. Cihad wurde alleingelassen, wurde fortwährend beschämt, weil er den schulischen Anforderungen nicht genüge – und dieses Schicksal teilt er mit so vielen seiner deutschstämmigen KlassenkameradInnen. Dann wurde er, wie in solchen Fällen üblich, „entsorgt“ auf die Förderschule. Ein Blick in diese Klassen genügt: Auf den Förderschulen, aber auch an den Hauptschulen, ist der Anteil der SchülerInnen mit Migrationshintergrund eklatant hoch. Einem Großteil dieser Kinder gelingt es nicht, einen Hauptschulabschluss zu machen. Pisa spricht von über 20% strukturellen Analphabeten in Hamburg, die das System hervorbringt, d.h., es gelingt diesen Jugendlichen nicht, sich einen zusammenhängenden Text lesend zu erschließen.

Warum, Herr Sarrazin, schreiben Sie nicht über diese Versäumnisse? Nur Rassisten erklären die beschriebenen Phänomene als von der Natur vorgegeben. (Bei den deutschen Bildungsverlierern muss dann der Biologismus zur „Erklärung“ herhalten.) Und ihre Schmähungen gegenüber der islamischen Kultur treibt ihre Blüten nur wegen dieser Versäumnisse.

Wer war das?

Diese katastrophalen Verhältnisse erforderten einen Aufschrei! Der Versuch der schwarz-grünen Koalition über die Einrichtung der Primarschule eine Korrektur einzuleiten, um über längeres gemeinsames Lernen mehr Gerechtigkeit zu schaffen, war nicht der große Wurf, aber es hätte ein Anfang



Foto: hlz

So oder so - es wird weiter getrommelt!

sein können, die anachronistische Schulstruktur in Deutschland aufzubrechen. Dies ist nun gescheitert! Gescheitert, weil der überwiegende Teil der Mittelschicht seine Privilegien gefährdet sah, denn es könnte ja von ‚unten‘ Konkurrenz hochwachsen. Unterfüttert wurde die Stimmung von der wirtschaftlichen Krise, die (berechtigt) Angst vor dem sozialen Abstieg schürte. Dann tritt man um so stärker nach ‚unten‘. Erwartet zu haben, dass als Korrektiv die eigentlich Betroffenen sich in Scharen am Volksentscheid beteiligen würden, verkannte, dass viele den Zusammenhang, um den es hier ging, gar nicht

erkennen konnten. Wie soll jemand das Selbstbewusstsein entwickeln, sich vorzustellen, dass es möglich ist, alle Kinder gemeinsam zu unterrichten, wenn er/sie über Jahre gesagt bekommen hat, wie blöd er /sie ist? Ein/e Gymnasiast/in erscheint in den Augen der allermeisten aus der als bildungsfern deklarierten Schicht immer noch als eine/r, mit dem /der man sich sowieso nicht messen kann. Schließlich ist so eine/r, so der Glaubenssatz, den man ihnen lange genug gepredigt hat, sowieso von Natur aus intelligenter. Da ergibt man sich in sein Schicksal. Wie sollte jemand, der täglich vom Fernsehen – allem voran durch die

privaten Sender – darauf abgerichtet wird, dies zu glauben, auf den Gedanken kommen, hierbei könnten Interessen im Spiel sein, die gegen ihn gerichtet sind. Von meinen benachteiligten, auch deutschstämmigen volljährigen SchülerInnen gab es kaum jemanden, den ich überzeugen konnte, sich an der Abstimmung zu beteiligen. Schließlich hatte sich doch auch der „Anwalt der kleinen Leute“, vertreten durch die BILD-Zeitung, gegen diese Reform ausgesprochen. Das Netz der Bewusstseinsagenturen ist also fein gesponnen. Dass die herrschende Meinung die Meinung der Herrschenden ist, hatte jemand schon vor 150 Jahren festgestellt.

Was bleibt

Aber die herrschende Meinung ist an dieser Frage durchaus gespalten. Teile des Bürgertums haben längst erkannt, dass bei Beibehaltung unseres gegliederten Schulsystems langfristig Nachteile im internationalen Wettbewerb zu erwarten sind. Auch die Aussicht, einen größeren Teil der Bevölkerung auf Dauer alimentieren zu müssen, da er sich nicht in das Beschäftigungssystem integrieren lässt, hat bei vielen Verantwortlichen aus Wirtschaft und Politik zum Umdenken geführt. Und was die innenpolitische Situation angeht: Nur Ignoranten können sich vorstellen, dass der Status quo dauerhaft zu einem gedeihlichen Miteinander taugt. Ähnlich wie die Debatte um Sarrazins rassistische Auslassungen lässt sich auch die durch den Volksentscheid losgetretene Debatte nicht mehr zurückholen. Die Zuspitzung der objektiven Widersprüche, die das gegliederte Schulsystem hervorbringt, wird die Debatte um Bildungsgerechtigkeit weiter beflügeln. Und selbst bei den im Eifer der

Auseinandersetzung vielleicht zu übertrieben als Gucci-Fraktion Benannten schlagen zwei Seelen in der Brust: Die eine, die um den eigenen Nachwuchs besorgt ist und in diesem System mit seinen Konkurrenzbedingungen nun mal das vermeintlich Beste für das Kind „herausholen“ will, die andere, die um das Postulat der Gerechtigkeit weiß, ohne die ein Leben in dieser Gesellschaft nicht so recht möglich erscheint. ...A propos Gucci-Fraktion: So hilfreich solche Etikettierungen für eine Zuspitzung auch sein mögen, so haben sie doch immer auch etwas Schräges an sich. Etwas Projektion der ungeliebten Teile seiner selbst steckt auch darin, so dass es im Rückblick legitim ist, diese verbale Attacke ge-

lassener zu betrachten. Ähnlich ist es mit der Behauptung, hier habe es sich um Klassenkampf gehandelt. Bestenfalls waren es zwei Fraktionen der bürgerlichen Schicht, die sich hier gegenüber standen. Die eine als Stellvertreter für die Benachteiligten, in der Hoffnung auf eine humanere, gerechtere Gesellschaft. Die andere, „die Scheuerl-Fraktion“, mit einem starken Sendungsbewusstsein. Nur so ist es zu verstehen, dass Scheuerl diese Leute, die vornehmlich im Speckgürtel leben, für eine Sache mobilisieren konnte, die sie eigentlich gar nicht betrifft. In diesen Stadtteilen wechseln ohnehin an die 90% eines Jahrgangs aufs Gymnasium. Die sind doch schon lange unter sich!

Wir aber, die meinen, dass diese Gesellschaft umso lebenswerter für alle wird, je mehr es uns gelingt, sie gerechter zu gestalten, werden nicht aufhören, auch für ein auf mehr Chancengleichheit ausgerichtetes Bildungssystem zu kämpfen.

Trotz der nun verfahrenen Situation werden wir dafür kämpfen, dass die Weichen für Cihads Zukunft so gestellt werden, dass sein Name nicht zum Programm wird. Dass sich der „Cihad“, der „Heilige Krieg“, auf sein Inneres bezieht, das immer dann wächst, wenn er durchs Feuer gegangen ist. Ein wärmendes und leuchtendes Feuer, das sich an den Chancen, die ihm diese Gesellschaft gewährt, entzünden sollte.

JOACHIM GEFFERS

Informationsveranstaltung für Lehrkräfte zur Tätigkeit im Ausland

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir möchten auf eine Veranstaltung zum Auslandsschuldienst hinweisen.

Sie findet statt am

**Montag, den 27. September 2010, von 15:00 bis 17:00 Uhr
im Landesinstitut, Felix-Dahn-Str. 3, Raum 101.**

Die Veranstaltung wird geleitet von
Regina Schäfer (B3-INT, Auslandsreferat der BSB) und
Dirk du Pin (Arbeitsgruppe Auslandslehrerinnen und -lehrer / GEW)

Interessenten melden sich bitte zur Veranstaltung an unter:

lothar.beckmann@bsb.hamburg.de

barbara.friedrich@bsb.hamburg.de

Schulklassenkampf

Über Stärken und Schwächen der Bewegung

Erstmals in der BRD konnten die Wähler in einem verbindlichen Volksentscheid über eine Schulfrage abstimmen – aber nur 39,3 % nutzten das. 21,1 % stimmten gegen die Primarschule, nur 17,4 % dafür. Damit verbaute eine Minderheit der Wahlberechtigten, aber eine Mehrheit der Abstimmenden, selbst diesen kleinen bildungsstrukturellen Schritt in die richtige Richtung.

marschule war dem Großbürgertum zu weitgehend, so dass sie einen Schulklassenkampf vom Zaun brachen und virtuos das neu geschaffene Instrument des verbindlichen Volksentscheids mit einer stringenten Kampagne nutzten.

Das wirft Fragen auf: Wie reformbereit ist das Großbürgertum in diesem Land eigentlich, wenn es einen kleinen Schritt

wie Handelskammer, erzwangen den Volksentscheid durch genügend Unterschriften. Sie legten den Abstimmungstermin in die Ferien, wissend, dass ihre Klientel Briefwahl macht.

In diese Lage waren die Hamburger Reformkräfte gekommen, weil es ihnen nicht gelang, genügend Unterschriften in der 2. Stufe eines eigenen Volksentscheids zu sammeln. Die GAL war aus der Initiative „Eine Schule für Alle“ ausgestiegen, weil sie inzwischen mit der CDU eine Senatskoalition eingegangen war. Am 9.10.09 wurde mit CDU/GAL-Mehrheit in der Bürger-



Die Gefahr kommt von rechts...

Die Bildungsreformer aller Couleur erlitten eine Niederlage, denn es gelang ihnen nur, 218 665 Wähler von 1 251 686 Wahlberechtigten zu aktivieren.

Diese Niederlage geht in ihrer Bedeutung weit über die zur Abstimmung stehende Frage, sogar über die der Bildungspolitik hinaus. Zwar ist zwei Jahre längeres gemeinsames Lernen nur ein ganz kleiner Schritt zu mehr sozialer Bildungsgerechtigkeit, aber keine Überwindung des Bildungsprivilegs oder Abschaffung des Gymnasiums. Die werden allenfalls angekratzt. Aber selbst dieser kleine Schritt Pri-

zur Überwindung der sozialen Selektion und eine nachholende Modernisierung einzuleiten ablehnt? Gelingen Reformen in der BRD, wenn das Großbürgertum, die Springer-Presse und das große Geld dagegen sind?

Die Elbvororte-Initiative „Wir wollen lernen“ (WWL) wollte die Primarschule von Anfang an nicht. Gutbetuchte, viele Anwälte, Adlige, PR-Berater, Chefärzte, unterstützt von Junger Union, Dt. Lehrerverband, Bund Freiheit der Wissenschaft, FDP, NPD und Ex-Bürgermeister Voscherau (SPD), mit Assistenz von BILD und z. T. Abendblatt

schaft das Schulgesetz geändert: Einführung von Büchergeld, kein Sitzenbleiben und Abschulen mehr und als „Kopfgeburt“, mitten aus den Koalitionsverhandlungen heraus, Klasse 1-6 als Primarschule, als fauler Kompromiss zwischen GAL und CDU. Nicht als pädagogisches Konzept, sondern der Machtränke entsprungen, damit es überhaupt zur Koalition kommen konnte. Vor allem die zwei Jahre längeres gemeinsames Lernen war den Gutbetuchten ein Dorn im Auge. So starteten sie das Volksbegehren und erzwangen den Volksentscheid.

Für die Reformkräfte war nun die Frage, ob man dem Aufstand der „Gucci-Fraktion“ offensiv Paroli bietet oder die nun sichtbar gewordenen Differenzen im bürgerlichen Lager einfach kommentierend begleitet. DGB, GEW und LINKE entschlossen sich, den Kampf aufzunehmen. Dabei war klar, dass der Volksentscheid

Es kam in den Verhandlungen der Bürgerschaftsparteien zu Nachbesserungen am Schulgesetz. Durchgesetzt werden konnte: Verbindliche Senkung der Klassenfrequenzen in der Grundschule auf 23 bzw. 19 SchülerInnen, Einstellung von 1000 zusätzlichen LehrerInnen, Streichung des Büchergeldes,

vierender Rückschlag für die Schulstrukturreformer – auch bundesweit. Wer wagt sich in Zukunft noch an die Strukturreform heran, wenn selbst in Hamburg ein so großes Bündnis keine breite gesellschaftliche Unterstützung gewann, wenn er befürchten muss, durch eine Initiative aus der Oberschicht und der Springer-Presse gestoppt zu werden? Denn eine breite Parlamentsmehrheit ist keine gesellschaftliche Mehrheit, zumal dann, wenn sie erst nachträglich hergestellt wird und man unsicher sein muss, dass sich die Mehrheit der Stimmbürger gar nicht beteiligt. Das Stimmresultat differiert nämlich extrem stark zwischen den Stadtteilen, die der Schulkampf noch mehr gespalten hat, streng nach Einkommen der Steuerpflichtigen.

„Die Wahlbeteiligung... ist geradezu ein Sozialatlas der Hansestadt geworden“ (Financial Times). „Wat de da oben mokt, geht mi an Mors vorbei“, sagte mir ein Metaller von ca. 50 Jahren in Wilhelmsburg.

Es gelang uns nicht, die Arbeiter und Erwerbslosen, die Prekarisierten und Ausgegrenzten sowie die eingebürgerten Mi-



...so sieht sie aus!

nur in den als bildungsfern bezeichneten und sozial schwachen Stadtteilen gewonnen werden kann und wenn es außerdem gelingt, den reformfreundlichen Teil der Intelligenz und des weltläufigen Hamburger Bürgertums zu aktivieren. Dazu schien ein breites überparteiliches Aktionsbündnis das adäquate Instrument – neu und ungewöhnlich. Wo in der BRD setzen Gewerkschaften und Teile der Unternehmerschaft einmal einen bildungspolitischen Reformschritt gemeinsam um? Wo stehen CDU und LINKE in einer schulpolitischen Frage zusammen?

Elternwillen nach Kl. 7. Haushaltsvolumen: rd. 70 Mill. € jährlich. Weil die LINKE den von der SPD nach Bremer Muster verlangten Schulfrieden nicht mitmachte, schlossen SPD, CDU und GAL eine Vereinbarung über den zehnjährigen Schulfrieden als Parteiabkommen ab. Das alles bleibt, auch die inzwischen erfolgte Einstellung von 585 zusätzlichen LehrerInnen, denn der erfolgreiche Volksentscheid hatte sich nur gegen die flächendeckende Primarschule gerichtet.

Dennoch: Das Ergebnis des Volksentscheids ist ein gra-

grantInnen in genügender Zahl zur Stimmabgabe zu bewegen. Und das, trotz 83 Info-Veranstaltungen in Schulen, zahlreichen Diskussionsveranstaltungen und Foren in Kirchengemeinden, vielen Info-Ständen an Wochenmärkten, Flugblattaktionen an Verkehrsknoten, Haus-Steckaktionen in den „ärmeren“ Stadtteilen, 3500 Hausbesuchen der LINKEN, zuletzt fast täglichen Presseberichten.

Unterschätzt wurde wohl die aggressive Strategie, die WWL mit Hilfe von BILD fuhr. Es gelang ihnen, sich als Kämpfer der Bürger gegen den Senat zu

stilisieren. Mit Halbwahrheiten, skandalisierenden Meldungen und ständiger Wiederholung von Vokabeln wie „Chaos“, „Hickhack“, „Schulzwang“, „sozialistische Gleichmacherei“, „fehlende Lehrer“ wurden Ängste geschürt, der Senat wolle das bewährte Gymnasium zerschlagen, das einen besseren sozialen Status verheißt. Die tief sitzenden Ressentiments gegen sozial Schwache und MigrantInnen wurden aktiviert (Westerwelle, Sloterdijk und Sarrazin lassen grüßen!) und waberten durch Golf- und Hockeyclubs, Vereine und Parties, Büros und Nachbarschaften. Das ergriff auch die Mittelschicht und wurde per BILD in die Facharbeiterkreise transportiert und schürte Angst vor geringeren Berufschancen für die eigenen Kinder. Das wurde auch auf der Strasse artikuliert: „Ich bin froh, dass wir im Alstertal und nicht auf der Veddel wohnen. ... Schon jetzt in der Grundschule halten zwei Ausländer die ganze Klasse meines Sohnes auf...“. Dagegen aber wagten CDULer und GALlier eben nicht offensiv aufzutreten. Und die Mehrzahl der Materialien der Schulverbesserer, auch die der LINKEN, argumentierte vor allem bildungspolitisch und pädagogisch und konnte der Angstkampagne so eben nicht beikommen.

Absolut kontraproduktiv war die Senatsentscheidung, zum 1. Mai die Kita-Gebühren und das Essensgeld zu erhöhen: „Die wollen was für die Kinder tun? Für den Sohn muss ich 40.- € mehr zahlen und für sie auch“, sagte die Mutter von vier Kindern in Steilshoop. „Darum hab ich zweimal Nein gestimmt, als Denktzettel. So sehr hab ich mich geärgert“. Bei 140 Hausbesuchen habe ich 83 Leute angetroffen. 10 erklärten, allein deswegen nicht

abstimmen zu wollen. Nur zwei hatten schon Briefwahl gemacht, 26 hatten den Volksentscheid gar nicht im Kopf und zwei-, dreimal wurde zurückgefragt: „Was? Ist denn schon wieder Wahl?“ „Nein, Volksentscheid“ „Was ist denn das?“ Auch die gleichzeitig eskalierende Spardebatte nach der Haushaltsklausur des Senats war kontraproduktiv: „Die reden von Sparen und da soll die Primarschule kommen? Was haben sie uns nicht schon alles versprochen?“ Und die verbreitete Skepsis, dass „die da oben ja doch machen, was sie wollen. Da war doch mal was mit den Krankenhäusern?“ haben wir alle sehr oft gehört. Mit dem Begriff „Reform“ konnte man nur negative Stimmung schaffen: „Reform, geh mir weg. Hartz-Reform, Gesundheitsreform, Steuerreform, behalt dein Schieß!“ Das wirft natürlich die Frage auf, ob man erfolgreich eine kleine Teilreform durchsetzen kann, ohne dass der ganze Reformzusammenhang und der gesellschaftliche Stellenwert mit propagiert wird. Und solche Dialoge, wie wir sie zu Tausenden hatten, zeigen die große Distanz, die die herrschende Klasse und die Politiker zu den Prekarisierten und Proletariern mittlerweile schon haben. Da ist es mit viermal Hausverteilung und wöchentlichen Info-Ständen nicht getan, um diese Distanz zu überwinden. Sieht man sich die Materialien der Schulverbesserer (z. T. der GEW und der LINKEN) genauer an, sind sie schon von der Sprache her meist nicht geeignet, das zu leisten. Da ist es bis zur Stimmabgabe einmal NEIN, einmal JA ein weiter Weg.

Das magere Ergebnis für uns erklärt sich m. E. aus weiteren Faktoren, die aber aus Platzgründen nicht näher ausgeführt werden können: Dass es dem DGB

und den Gewerkschaften nicht gelang, die Kampagne in die Betriebe zu tragen, dass bei GEW, der LINKEN und autonomen Linken Vorbehalte gegen ein ungewohntes Aktionsbündnis nicht ausgeräumt werden konnten, dass berechnete weitergehende Forderungen (wie die Inklusion oder die nach einer Schule für Alle bis Kl. 10) für wichtiger gehalten wurden als der kleine Schritt Primarschule. Viele misstrauten den materiellen und personellen Bürgerschaftsbeschlüssen – zugegeben auf Grund negativer Erfahrungen. Auch die SPD-Kampagne zum Schulfrieden – und nicht zur Primarschule – verwirrte. Und die LINKE hielt nicht durch, sich auf die sozialen Brennpunktstadteile zu konzentrieren. Auch verwirrte die z. T. ungenaue Argumentation, ob es nun um Unterstützung der Senats-Schulreform (was viele ablehnten) oder der Primarschule ging (für die schon sehr viele eintraten). Auch, dass der Abstimmungstag nicht mit einem Wahlsonntag für allgemeine Wahlen zusammenfiel, schmälerte die Wahlbeteiligung.

Dennoch: Dem Angriff von WWL musste entgegengetreten werden. Selten wurde so intensiv und so breit in Hamburg über Bildungsreform diskutiert und gerade auch über die Zirkel der „Getauften“ hinaus. Um so mehr kommt es jetzt darauf an, alle Reformansätze und die reformwilligen Schulen zu stärken, darüber zu wachen, dass die materiellen und personellen Verbesserungen den bevorstehenden Kürzungsoorgien nicht anheim fallen und mit gesamtgesellschaftlichen Argumenten die Notwendigkeit einer grundlegenden Bildungsreform permanent zu verbreiten – vor allem in der Unterschicht.

HORST BETHGE

ELTERNVEREIN HAMBURG e.V.

www.elternverein-hamburg.de

PRESSEMITTEILUNG

ES REICHT, Herr Dr. Scheuerl!

Der Elternverein Hamburg fordert die Initiative „Wir wollen lernen“ auf, endlich mit ihrer Politik der Verunsicherung unter Hamburgs Eltern aufzuhören.

„Einen großen Teil des Erfolgs dieser Initiative führe ich auf die unglaubliche Angst- und Panikmache der letzten Monate zurück, die insbesondere Herr Dr. Scheuerl systematisch betrieben hat. Dadurch gab es nur noch wenig Raum für eine inhaltliche Diskussion über den besten Weg in der Bildungspolitik“, meint Sabine Boeddinghaus, Vorsitzende des Elternvereins.

„Nun muss die Initiative aber zur Kenntnis nehmen, dass ihre Aktivitäten abgeschlossen sind. Es kann nicht sein, dass sie weiterhin permanente Störfeuer abschießt, einzig und allein mit dem Ziel, die Eltern der Starterschulen in Angst und Schrecken zu versetzen.“

Der Elternverein stellt sich an die Seite all derjenigen Schulen, die ihre Konzepte auf individuelle Förderung umgestellt haben und sich nun auch die Rahmenbedingungen wünschen, in diesem Sinne mit den ihnen anvertrauten Kindern arbeiten zu können. Die Möglichkeit für Schulen, sich als Versuchsschulen mit einer neuen, innovativen pädagogischen Programmatik zu bewerben, gab es schon immer und muss es auch weiterhin geben.

„Mich wundert die Propaganda von „Wir wollen lernen“ gegen die Starterschulen“, so Boeddinghaus weiter. „Herr Dr. Scheuerl hat doch immer betont, Primarschulen, bzw. Unterrichtformen des längeren gemeinsamen Lernens könne es aus seiner Sicht überall dort geben, wo Eltern es wünschten, bloß nicht flächendeckend und verbindlich. Nun gibt der Ausgang des Volksentscheids ihm doch recht, allein er gibt keine Ruhe.“

Dass die Hamburger SPD ihm dabei aktiv zur Seite steht, ist aus Sicht des Elternvereins ein Skandal. Vergeblich sucht man Äußerungen der Sozialdemokratie zur Notwendigkeit des längeren gemeinsamen Lernens und der individuellen Förderung der Kinder. Stattdessen stellt sie gebetsmühlenartig auf einen Kunstbegriff „Schulfrieden“ ab, als wäre er ein Wert an sich und nimmt die soziale Ungerechtigkeit eines selektiven Schulsystems dabei billigend in Kauf.

„Man kann das Ergebnis des Volksentscheids akzeptieren und dennoch aktiv Schulen unterstützen, die sich freiwillig auf den Weg machen wollen, diese sozialen Ausleseprozesse zu stoppen“, so Karen Medrow, 2. Vorsitzende des Elternvereins.

Hamburg, den 27.08.2010

Für Rückfragen:
Sabine Boeddinghaus
sboeddinghaus@googlemail.com
0174 3963038

Kein Kaltstart

Interview mit Dr. Stefanie von Berg,
Initiative PRO Schulreform,
über die Starterschulen



Ole geht – Schulverbesserer bleiben

HLZ: *Dein Sohn ist eins von 865 Kindern, die trotz des Scheiterns des Volksentscheides auf eine Primarschule geschickt werden. Wird er damit Opfer deiner Überzeugung?*

Berg: Wir haben uns lange im Familienrat darüber unterhalten und natürlich auch unseren Sohn dazu befragt. Mein Sohn hat die Entscheidung bewusst mitgetragen, dass er an seiner bisherigen Schule geblieben ist. Aber er

kann das natürlich lange nicht so überblicken wie wir Eltern.

Es ist eine ganz besondere Schule und das hat sich nicht geändert. Im Gegenteil, wir sind vor vier Jahren schon aus Überzeugung hingegangen und haben gemerkt, was sie mit Kindern macht, wie stark und selbstbewusst sie werden, wie gesund sie bleiben und gleichzeitig gute Leistungen bringen – und das alles bei sozialer Durchmischung. Das hat sich nicht geändert.

Jetzt sind schon immerhin zwei Wochen ins Land gegangen und es ist so toll zu sehen, wie mein Sohn jeden Morgen wirklich hüpfend in die Schule geht, gerne in die Schule geht, gerne Hausaufgaben macht. Er ist wirklich leistungsbereit und trotzdem ganz glücklich und nicht völlig kaputt. Das ist echt eine Freude.

HLZ: *Du wertest also die soziale Durchmischung höher als eine Homogenität aus Leistungsträgern?*

Berg: Richtig.

HLZ: *Das heißt, du nimmst Nachteile in Kauf?*

Berg: Na ja, was heißt Nachteil? Es sind einfach auch noch Unsicherheiten da: Wie geht es denn nach Klasse 6? Wird der Anschluss gewährleistet sein? Kriegen wir eine Schule?

Die Behörde sichert uns zu, sie werde das eng begleiten, aber ich denke mir: Meine Güte, ich kann nicht alles im Leben planen. Es kann auch sein, dass wir umziehen, dann weiß ich auch nicht, wo ich bleibe, wo mein Kind bleibt. Wir leben im Hier und Jetzt, wir haben uns dazu entschieden und deswegen sehe ich es überhaupt nicht als Nachteil.

Ich sehe auch die Nachteile

der sozialen Durchmischung nicht. Im Gegenteil: Es ist ja ein Vorteil, der Junge ist so sozial-kompetent, er kennt überhaupt nicht Begriffe wie: *Wer wohnt wo? Wer verdient wie viel? Wer fährt welches Auto?* Es ist völlig egal, jedes Kind ist so wie es ist und er mag es oder er mag es nicht, egal aus welchem Haushalt es kommt.

HLZ: *Zu den angeblich best-gehüteten Geheimnissen der Behörde zählt, dass nur sechs (!) Kinder mit gymnasialer Empfehlung auf die Primarschule wechseln. Alle anderen hätten sich längst vom Acker gemacht! Was ist da dran?*

Berg: An unsere Schule sind nur 24 Kinder geblieben bzw. es sind noch welche von anderen Schulen dazu gekommen. Da ist z.B. ein Hochbegabter dabei, der ganz bewusst nicht auf ein Gymnasium gegangen ist. Die Eltern haben sich ganz bewusst für diese Schule entschieden, um auch die individuelle Förderung zu erfahren.

Allein an unserer Schule sind schon sieben Kinder von 24 mit gymnasialer Empfehlung. Es ist zwar richtig, dass an unserer Schule ganz viele Schüler mit gymnasialer Empfehlung auch Richtung Gymnasium gezogen sind. Das liegt immer noch an diesen inneren Überzeugungen, die ganz viele Eltern haben, dass das Gymnasium die einzige Schulform ist, wo mein Kind Abitur machen kann. Dagegen wird man noch lange Überzeugungsarbeit mit guten Ergebnissen leisten müssen. Aber es ist einfach ein Märchen, ein Mythos, dass nur sechs Kinder von 865 eine Gymnasialempfehlung haben.

HLZ: *Ich habe dich erlebt als eine der ganz intensiven Kämp-*

ferinnen für das Modell Primarschule. Wie geht es denn deiner Meinung nach jetzt weiter mit der Idee des längeren gemeinsamen Lernens?

Berg: Die Probleme sind ja nicht gelöst, nur weil der 18.7. es entschieden hat, dass die Primarschule nicht flächendeckend einzuführen ist. Die Probleme sind noch lange nicht gelöst und meine Überzeugungen haben sich nach dem 18.7. nicht geändert. Ich persönlich werde weiter eintreten für den Gedanken eines längeren gemeinsamen Lernens, für innovative Schulen; dafür, dass andere Schwerpunkte gesetzt werden: dass es nicht immer nur um Leistung geht, sondern auch um gesunde Kinder, glückliche Kinder, von denen nicht ein Viertel an „Burnout“ oder so was leiden wie im Moment. Das ist doch krank.

Meine große Überzeugung ist, dass die Starterschulkinder ein Baustein dazu sein werden, dass man sagt, es funktioniert, die Kinder haben Erfolg, den Kindern geht es gut. Meine große Hoffnung ist, dass es tatsächlich einige Schulen geben wird, die den Schulversuch anstreben. Und der muss ja nicht auf sechs Jahre hinauslaufen: Es gibt wahrscheinlich auch Schulen, die sagen „Das wollen wir auch mal: mehr als 6 Jahre gemeinsam machen, vielleicht sieben oder acht oder neun oder zehn.“ Darüber könnte endlich mal der Beweis geliefert werden, dass es geht und dass es sogar besser ist als das Trennen nach Klasse 4.

HLZ: *Das heißt, das von den Medien häufig beschworene Drama, dass diese armen Kinder nun nach der 7. Klasse nicht den adäquaten Anschluss fänden, hältst du für erfunden?*

Berg: Das halte ich für total überhöht. Ich bin fest davon überzeugt, dass diese Kinder einen Anschluss finden werden. Die Schulen haben ja alle Bildungspläne, an denen sich die anderen weiterführenden Schulen auch orientieren. Ich weiß gar nicht, warum die Leute immer auf die Idee kommen, dass das an den Grundschulen oder Primarschulen nicht möglich ist.

Was mich die ganze Zeit schon in der Schulreformdebatte so wahnsinnig gestört hat, ist, dass es eine unglaubliche Abqualifizierung von Grundschullehrerinnen und Grundschullehrern gibt. Es wurde immer gesagt, die können das nicht. Dabei haben sie fast alle die Lehrbefähigung für die Sek I und haben größtenteils an weiterführenden Schulen unterrichtet. Es wurde immer unterschwellig und auch offen gesagt: Die wirkliche fachliche Qualifizierung haben allein Gymnasiallehrerinnen und -lehrer.

Ich finde es für unsere Schule ganz toll, dass wir eine Gymnasiallehrerin und einen Gymnasiallehrer bei uns haben. Aber es geht nicht darum, diese Fachlichkeit zu gewährleisten, sondern darum, dass der Übergang von der Grundschule oder Primarschule zur weiterführenden Schule viel besser gelingen wird, weil da schon eine bessere Verzahnung ist.

Es gibt einfach viel zu viele falsche Empfehlungen. Ich glaube, wenn tatsächlich Lehrkräfte von weiterführenden Schulen da sind, werden sie wirklich die beste Schule für das Kind herausfinden.

Das Interview führte
JOACHIM GEFFERS